

Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Kreisausschusses vom 25.06.2025

A) Öffentliche Sitzung

TOP 4 Strukturreformpläne beim Schienenpersonennahverkehr (SPNV) R 4/2025
des Landes NRW
hier: Resolution der Fraktionen CDU, SPD, FDP und UWW

Frau Stolz, CDU-Fraktion, erläutert, dass parallel zur heutigen Sitzung eine Arbeitsgruppe zum SPNV beim Verkehrsministerium des Landes NRW tagt und Herr Kolvenbach den Kreis Euskirchen dort vertrete. Es sei wichtig, dass sich der Kreis Euskirchen entsprechend positioniere. Sie bitte um Unterstützung hinsichtlich der Resolution und dass der Kreis Euskirchen bereits jetzt politisch Stellung beziehe.

Herr Ignatowitz, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, erklärt, dass die Struktur des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) sehr komplex sei. Er äußert Unverständnis darüber, dass die CDU-Kreistagsfraktion eine Resolution gegen ein zentrales Projekt der CDU-Landesregierung NRW unterstütze.

Er betont, dass das derzeitige SPNV-System nicht funktioniere – es gebe landesweit Ausfälle, Verspätungen und mangelnde Abstimmung zwischen den Aufgabenträgern wie Go.Rheinland, Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) und Zweckverband Nahverkehr Westfalen-Lippe (NWL). Weiterhin kritisiert er, dass finanzielle Mittel in ineffiziente Verwaltungsstrukturen fließen, statt direkt in den SPNV. Er schätze den Einfluss des Kreises Euskirchen innerhalb der aktuellen Strukturen als gering ein.

Er spricht sich für die Reform und somit eine landesweite Organisation aus, die SPNV-Leistungen zentral bestellt. Dies erhöhe die Effizienz, stärke die Verhandlungsposition gegenüber Bahnunternehmen und reduziere bürokratischen Aufwand.

Die Reform bringe aus seiner Sicht keine zusätzlichen Risiken für die Kreise, sondern entlaste sie finanziell. Zudem seien kommunale Vertreter und Gremien bereits in den Reformprozess eingebunden.

Er kündigt an, dass er der Resolution nicht zustimmen werde.

Der Vorsitzende erklärt, dass er sich an der politischen Debatte nicht beteiligen werde. Aus Sicht der Verwaltung sei es ihm jedoch wichtig, klarzustellen, dass sich die Zusammenarbeit mit

Go.Rheinland in den vergangenen Jahren als überaus erfolgreich erwiesen habe und nennt Beispiele, wie die Reaktivierung der Bördebahn oder die Elektrifizierung der Eifel- und Voreifelstrecke nach der Flutkatastrophe. Der Kreis Euskirchen profitiere in erheblichem Maße von der guten Arbeit, die Go.Rheinland in den letzten Jahren geleistet habe.

Herr Waasem, SPD-Fraktion, betont, dass es positiv sei, dass kommunale Spitzenverbände, Verkehrsverbünde und Vertreter des Kreises Euskirchen in das Verfahren eingebunden seien, da sie die geplante Strukturreform in der aktuellen Form ablehnten.

Er habe Verständnis für das Interesse des Landes, stellt jedoch klar, dass aus Sicht des Kreises Euskirchen zentrale Reformelemente nicht im Interesse der Bürgerinnen und Bürger seien. Insbesondere kritisiert er den drohenden Verlust an Entscheidungskompetenz und die Zentralisierung von Finanzierung und Haftung.

Er verweist darauf, dass schon heute die Interessen des ländlichen Raums schwer durchzusetzen seien und eine weitere Zentralisierung diese Problematik verschärfen würde.

Abschließend macht er deutlich, dass die Möglichkeit zur Mitentscheidung im Sinne des Kreises ein notwendiges demokratisches Recht sei, für das man sich mit Nachdruck einsetzen müsse.

Herr Grutke, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, führt aus, dass seine Fraktion intensive Gespräche mit Landtagsabgeordneten, Go.Rheinland und dem Verkehrsministerium geführt habe, um sich mit der komplexen Materie auseinanderzusetzen. Er stellt fest, dass Einigkeit darüber bestehe, dass das bestehende SPNV-Konstrukt ineffizient und intransparent sei und dadurch Zugausfälle verursache. Eine zentrale Erkenntnis sei, dass bei einer künftigen Strukturreform keine Benachteiligung des ländlichen Raums erfolgen dürfe.

Er betont, dass man sich aktuell in einem offenen Beteiligungsverfahren befinde, ohne konkreten Gesetzentwurf und warnt davor, zu diesem frühen Zeitpunkt Festlegungen zu treffen. Die Resolution enthalte viele inhaltliche Schnittmengen, jedoch auch Punkte, die er kritisch sehe. Er greift alle Punkte aus der Resolution auf.

Unter anderem lehne er etwa die Gründung einer neuen kommunalen Arbeitsgemeinschaft ab, da dadurch eine zusätzliche und unnötige Strukturebene entstehe. Beim Punkt zur finanziellen Risikominimierung für Kommunen bestehe grundsätzlich Zustimmung, mit Ausnahme der pauschalen Ablehnung einer möglichen Trennung von Verkehrs- und Fahrzeugverträgen, da hierzu aktuell ein Prüfverfahren laufe.

Zur Beteiligung von Go.Rheinland merkt er an, dass die inhaltliche Arbeit gut laufe, aber die Kommunikation der Geschäftsführung mit der Kreispolitik verbesserungswürdig sei. Die Punkte, insbesondere zur Wahrung kommunaler Strukturen, zur

Finanzierung und zur Vermeidung von Nachteilen für den ländlichen Raum, würden ausdrücklich unterstützt.
Abschließend kündigt er an, dass das Abstimmungsverhalten von der Bereitschaft abhängen, über einzelne Punkte konstruktiv zu sprechen.

Herr Schmitz, SPD-Fraktion, dankt der CDU-Kreistagsfraktion zur Unterstützung der Resolution. Weiterhin stellt er klar, dass die Resolution ausdrücklich begrüße, dass es Initiativen zur Verbesserung des SPNV gebe. Er betont allerdings auch, dass Go.Rheinland effektiv arbeite, insbesondere auch in Zusammenarbeit mit Vertretern des Kreises Euskirchen. Beispiele wie die Taktverdichtung auf der Eifel- und Voreifelstrecke seien durch direkte Gespräche mit der Geschäftsführung erreicht worden. Den Vorwurf der Fraktion, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, dass das System ineffizient sei, weist er ausdrücklich zurück.

Die Verantwortung für viele Probleme im Bahnverkehr sehe er nicht bei Go.Rheinland, sondern bei externen Faktoren wie fehlendem Personal bei Verkehrsunternehmen.

Er warnt davor, die Rolle von Go.Rheinland durch eine mögliche neue Landesgesellschaft zu schwächen.

Zudem gibt er zu bedenken, dass eine neue Struktur auch finanzielle Risiken berge – etwa bei bestehenden Kreditverträgen, an denen das Land sich bislang nicht beteilige. Eine klare Haftungszusage des Landes fehle.

Er betont die Notwendigkeit der Mitbestimmung für den Kreis Euskirchen. Die Resolution sei daher ein wichtiges Signal zur Wahrung kommunaler Interessen und zur Erhaltung eines funktionierenden, dezentralen SPNV.

Er bedauert die fehlende Zustimmung seitens der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN.

Herr Troschke, UWP-Fraktion, äußert Unverständnis über die ausführliche Debatte zur Resolution. Viele der enthaltenen Punkte, wie Zusammenarbeit der SPNV-Aufgabenträger, Minimierung kommunaler Risiken, Beteiligung von Gremien oder der Schutz des ländlichen Raums, seien aus seiner Sicht sinnvoll, unstrittig und Ausdruck gemeinsamer Ziele. Die Kritik daran könne er nicht nachvollziehen, da es sich lediglich um eine politische Willensbekundung handele.

Frau Stolz, CDU-Fraktion, stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung und beantragt das Ende der Rednerliste.

Herr Ignatowitz, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, beantragt in Form der Gegenrede, die Rednerliste nicht zu beenden.

Der Vorsitzende lässt somit über den Antrag zum Ende der Rednerliste abstimmen, auf welcher lediglich noch Herr Weber, CDU-Fraktion, stehe.

Abstimmungsergebnis:	mehrheitlich beschlossen, bei vier Gegenstimmen (Bündnis 90/DIE GRÜNEN und SPD-Fraktion) sowie
-----------------------------	--

drei Enthaltungen (SPD-Fraktion)

Der Vorsitzende erteilt Herrn Weber, CDU-Fraktion, als letzten politischen Redner zu diesem Tagesordnungspunkt, das Wort.

Herr Weber betont, dass er in der Vergangenheit durchweg positive Erfahrungen mit Go.Rheinland gemacht habe. Die Ansprechpartner seien stets präsent, auskunftsbereit und transparent gewesen, weshalb er bezweifle, dass dieses Maß an Engagement in einer landesweiten Struktur erhalten bleibe. Daher spreche er sich klar gegen eine Strukturreform aus.

Zudem hinterfragt er, was genau mit der Ablehnung einer Trennung von Verkehrs- und Fahrzeugbeistellungsverträgen gemeint sei. Er erinnert daran, dass man diese bewusst kombiniert habe, um eine höhere Verlässlichkeit und Wartungsqualität der Fahrzeuge sicherzustellen.

Herr Blindert weist darauf hin, dass Verkehrsverträge, Fahrzeugbeistellungsverträge und Kreditgeschäfte ein Gesamtkonstrukt bilden. Wenn man einzelne Teile herauslöst und unterschiedlichen Verantwortlichkeiten zuweist, bestehe die Befürchtung, dass dieses Gefüge instabil werde und sich negative Auswirkungen auf die Kreditfinanzierung ergeben könnten.

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag die Verabschiedung der Resolution.

Abstimmungsergebnis: einstimmig, bei drei Enthaltungen
(Bündnis 90/DIE GRÜNEN)